

Liechtensteiner Volkssblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Donnerstag, 22. Mai 1975

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

108. Jahrgang - Nr. 72

Liechtenstein als selbstbewusster Partner

Die Entwicklung unserer Beziehungen zum Europarat (I)

Seit Januar dieses Jahres besitzt unser Land den offiziellen Beobachterstatus beim Europarat in Strassburg. Liechtenstein ist damit einen entscheidenden ausserpolitischen Schritt weitergekommen. Wir dürfen uns als selbstbewusste, gleichberechtigte Partner der freien, europäischen Völkerfamilie betrachten. Die Fürstliche Regierung hat nun einen umfangreichen Bericht zu Händen des Landtages verabschiedet. In diesem Bericht wird der Weg Liechtensteins zum Europarat noch einmal nachgezeichnet. Ausserdem informiert die Regierung das Parlament über die nächsten Initiativen, die zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen unserem Land und dem Europarat ins Auge gefasst wurden. Wir veröffentlichen Auszüge des Regierungsberichtes in drei Teilen. Lesen Sie heute die Einleitung, welche die Entstehung und Organisation des Europarates betrifft:

Gründung vor 25 Jahren

Der Europarat mit Sitz in Strassburg wurde 1949, also vor 26 Jahren, als erste europäische politische Organisation gegründet, und er besteht heute aus 18 Mitgliedstaaten,

nämlich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Schweden, die Schweiz, die Türkei und Zypern.

Der erste Anstoss, ein Forum der Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern europäischer Regierungen und Parlamente zu schaffen, ging vom grossen britischen Staatsmann Winston Churchill aus. In seiner Züricher Rede vom 19. September 1946 entwickelte er den Gedanken, eine Art Vereinigte Staaten von Europa zu gründen aus der Ueberlegung heraus, dass die schwerwiegenden Folgen des Krieges nur durch eine Einigung unseres Kontinentes auf der Grundlage der geistigen und moralischen Werte, die das gemeinsame Erbe von dessen Völker bilden, überwunden werden könnten.

Die Parlamentarische Versammlung

Ein Hauptorgan des Europarates ist die Parlamentarische Versammlung. Sie ist das erste internationale Gremium ihrer Art, zusammengesetzt aus Vertretern der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten, die

ihre Mandate im Einklang mit den demokratisch-parlamentarischen Gepflogenheiten in voller Freiheit ausüben. Sie ist ein Ort der Begegnung und des Ideenaustausches und wird häufig als «Gewissen» der Mitgliedstaaten bezeichnet.

Die Parlamentarische Versammlung hat ihre eigenen Verfahrensregeln, die u. a. vorsehen, dass sie auch parlamentarische Abordnungen aus Nicht-Mitgliedstaaten als Beobachter, sei es durch ad hoc Einladungen, sei es durch Gewährung eines offiziellen Status zur Teilnahme an ihren Sitzungen, zulassen kann. Das Fürstentum Liechtenstein besitzt seit dem 22. Januar 1975 den offiziellen Beobachterstatus.

Es bestehen zur Zeit 13 ordentliche Kommissionen der Parlamentarischen Versammlung, deren Tätigkeit sich auf die verschiedensten Bereiche wie Recht, Kultur, Sozialwesen, Umwelt, Wirtschaft usw. erstreckt. Mitglieder von Beobachterdelegationen können mit der Zustimmung der Kommissionen in diesen ebenfalls mitarbeiten.

Das Ministerkomitee

Das Ministerkomitee setzt sich aus

Delegierten (im Prinzip den Aussenministern) der Regierungen der Mitgliedstaaten zusammen und ist das Organ, das für und im Namen des Europarates handelt. Das Ministerkomitee fasst Beschlüsse über wichtige Probleme, es kann den Regierungen Empfehlungen übermitteln und legt der Beratenden Versammlung Berichte vor. Ein Komitee hoher Beamter, dessen Mitglieder Minister-Stellvertreter (ständige Delegierte) heissen, wahrt die Kontinuität der Arbeit zwischen den Sitzungsperioden und bereitet die Sitzungen des Ministerkomitees vor.

Im Laufe der Jahre hat das Ministerkomitee zahlreiche Expertenausschüsse eingesetzt, denen die Vorbereitung von Aktionsplänen und Konventionsentwürfen obliegt und die zum Teil permanenten Charakter haben, so z. B. das Europäische Komitee für Zusammenarbeit in Rechtsfragen oder der Rat für kulturelle Zusammenarbeit. Ferner werden wichtige Konferenzen auf Fachministerebene periodisch einberufen, wie diejenigen der Justizminister, der Kulturminister oder

Fortsetzung auf S/3

Und wieder bricht
Rheinberger
die Preise!

Rheinberger Discount
Schaan-Triesen-Nendeln

Jeden Freitag Abendverkauf bis 21.00 Uhr

Regierung und Information:

Grosses Kompliment!

Nicht zu Unrecht hat man sich in den letzten Jahren immer wieder über die mangelnde Informationsfreudigkeit unserer Regierungen beklagt. Je vielschichtiger die Probleme im Staat wurden, desto mehr verlor der Bürger die Uebersicht, desto weniger konnte er mitreden und mitentscheiden. Die neue Regierung hat in ihrer jetzt etwas mehr als einjährigen Amtszeit wiederholt gezeigt, dass sie es mit der Informationspflicht gegenüber dem Bürger ernst meint. Der Regierungschef hat seine schon früher geübte Informationsfreudigkeit auch ins neue Amt mitgenommen und in zahlreichen Pressekonferenzen, das gepflegt, was er als Vertriebsmitarbeiter mit dem Bürger bezeichnet. In einer umfassenden Presseorientierung gab vor einigen Wochen auch der Vize-Regierungschef Aufschluss über die verschiedenen Probleme, die in den von ihm geleiteten Ressorts in Angriff genommen werden und wurden. Schliesslich gibt es seit Beginn dieses Jahres monatliche Presstreffen zwischen der Gesamtregierung und den in Liechtenstein arbeitenden Pressevertretern. Zweimal wandte sich die neue Regierung mit sehr objektivem Informationsmaterial direkt an den Bürger: vor den Gemeindevahlen mit einer Information über die Einführung des Proporzsystems auf Gemeindeebene und zur Volksabstimmung über zwei Finanzvorlagen anfangs März. Wie aus der neuesten Pressemittlung über die Regierungssitzung vom Dienstag dieser Woche hervorgeht, wurde u. a. auch beschlossen, den Rechenschaftsbericht und die Landesrechnung über das Jahr 1974 erstmals auch an alle Haushaltungen im Lande zu versenden. Erstmals kann sich somit der Bürger ohne Umweg über die Zeitungen und ohne direkte Teilnahme an den öffentlichen Landtagssitzungen über das Informieren, was im Jahre 1974 in der Landesverwaltung geschehen ist. Er hat Zeit und Musse, das doch recht umfangreiche Werk, das ihm übrigens kostenlos zugeht, eingehend zu studieren. Nachdem man die Informationspolitik der Regierung so oft kritisiert hat, sollte man jetzt auch nicht mit dem Lob sparen und ihr ein grosses Kompliment dafür aussprechen, dass sie eine wichtige Chance unserer Kleinheit gewahrt hat und den Bürger direkt am Geschehen im Staate teilhaben lässt.

Wir sind alle in der Verantwortung

Liechtenstein und die wirtschaftliche Rezession - von Dr. Alfons Goop

In Zeiten einer vollen Wirtschaftsblüte ist das Volk oft allzu gerne bereit, den Staat Staat sein zu lassen. Man zahlt zwar widerwillig die Steuern, meckert etwa über dieses oder jenes Gesetz, ist aber immerhin gerne bereit zu nehmen, wo es zu nehmen gibt. Auf alle Fälle soll der Staat im Hintergrund bleiben und gewissermassen nur subsidiär wirksam werden, daneben natürlich die soziale Sicherheit trotzdem garantieren. In Zeiten einer Wirtschaftsflaute dagegen sollte dann der Staat überall sein; er soll Arbeit beschaffen, die Reallohn sichern, nach Möglichkeit die Steuern senken, keine Schulden machen und seine eigenen Kosten reduzieren, womöglich aber Kindmagd spielen für jeden, der Schwierigkeiten hat.

Es ist nicht mehr zu übersehen, dass wir, wie andere europäische Staaten, in einer Phase der Wirtschaftsrezession stehen, und niemand kennt ihre Dauer und ihren Verlauf. Diese Rezession trifft bei uns, zwar vorerst noch geringfügig spürbar, den Einzelnen oder den einzelnen Haushalt, vielmehr aber die industriellen und gewerblichen Unternehmen sowie letztlich Gemeinden und den Staat.

Selbsthilfe an erster Stelle

Es scheint von Bedeutung klarzustellen, dass die Lasten und Schwierigkeiten primär zu tragen sind, wo sie in Erscheinung treten. Als erstes kommen also die Selbsthilfe und eigene Massnahmen in Betracht.

Für den Einzelnen wird es gelten, sich einen Arbeitsplatz zu erhalten oder, wenn nötig, einen neuen zu suchen und alles zu unternehmen, sich eine den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Tätigkeit zu sichern und den erzielten Erwerb vernünftig zu verwenden. Er wird gut daran tun, sich beruflich bestens zu bewähren und durch Weiterbildung seine Existenzbasis zu verbreitern.

In den Haushalten wird es darum gehen, mit Nüchternheit ein Haushaltsbudget zu erarbeiten und die Ausgaben den Erwerbs- und Einkommensverhältnissen anzupassen. Dass in diesem Zusammenhang das Wort «Sparen» fallen muss, sollte nicht verwundern.

Auch eine vermehrte Selbstversorgung durch Gärten und Pflanzacker sowie eine bessere und längere Ausnutzung der kurz- und langlebigen Haushaltsgüter müssen genannt werden, nicht zu verschweigen die Rückführung auf ein gesundes Mass bei Kinderspielsachen und bei Ausgaben für Unterhaltung und Hobbies. Dies alles fällt in die Verantwortung der einzelnen Haushalte. Erst wenn in akuten Notlagen die Haushalte nicht mehr in der Lage wären, für Nahrung, Kleidung, Wohnung und Gesundheit aufzukommen, müsste letztlich der Staat zu Hilfsmassnahmen greifen. Die Befriedigung aller anderen Bedürfnisse aber bleibt in erster Linie den Haushalten überlassen, und alle anderen Bedürfnisse haben letztlich sekundäre, zweitrangige Bedeutung.

Gänzender Arbeitseinsatz ist nötig

Was für die privaten Haushalte gilt, gilt partiell ebenso für die gewerblichen und industriellen Unternehmen. Auch ihnen darf und muss zugemutet werden, alles zu tun, um das Unternehmen für sich und die Belegschaft in Gang zu halten. Hier gilt es noch mehr und unter schwierigeren Bedingungen zu planen, hier sind der volle Ernst und der ganze Arbeitseinsatz nötig, um mit den Gegebenheiten fertig zu wer-



Dr. Alfons Goop, langjähriger Sekretär der Gewerbe-Genossenschaft und Experte der Regierung in der vor kurzem gegründeten Koordinationskonferenz für Wirtschaftsfragen ist der Autor dieses Beitrages auf den wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe (Aktuelle Frage) hingewiesen haben. Der Aufsatz ist als Leitartikel im Mitteilungsblatt der Gewerbe-Genossenschaft (Nr. 5/75) am 15. Mai erschienen. Wir danken für die Genehmigung zum Nachdruck.

den. Die Probleme stellen sich besonders im Bereiche von weiteren Investitionen, der langfristigen Finanzierung, der Preispolitik, der Liquidität und der Marktbearbeitung. Es geht auch darum, eine ehrliche und offene Informationspolitik innerhalb des Betriebes und sofern notwendig, den verantwortlichen Behörden gegenüber zu betreiben.

In eine noch bedeutendere Aufgabenstellung rücken die Wirtschaftsverbände vor. Sie sollen Hilfe und Verbindungsstelle nach unten zu ihren Mitgliedern und nach oben zu den Behörden sein. Sie können in eigener Verantwortung und in eigener Kompetenz manches unternehmen, um direkt

fördernd oder lenkend in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen.

Wir haben in unserem Lande eine «durchorganisierte» Wirtschaft: die liechtensteinische Industriekammer, die Gewerbe-Genossenschaft für das Fürstentum Liechtenstein, der Bankenverein, der Rechtsanwaltsverband, der Bauernverband einerseits und die Personal- und Arbeitnehmerverbände andererseits. Die Konstituierung einer Koordinationskonferenz durch die Regierung sollte die Möglichkeit geschaffen haben, gerade die Verbände zu unmittelbar wirkender Tätigkeit für die Wirtschaft zu aktivieren und gemeinsame Massnahmen zu erarbeiten und womöglich selber durchzuführen.

Nicht mit dem schwarzen Peter spielen

Auch wenn der Einzelne, die Haushalte, die Wirtschaftstreibenden und deren Verbände sich anstrengen, mit den auftretenden Schwierigkeiten fertig zu werden, werden die Gemeinden und das Land genügend und gerade die schwierigsten Aufgaben zu tragen haben. Sie werden ihre wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten auf die besondere Lage auszurichten haben und vor allem die Primärbedürfnisse des Volkes im Auge behalten, ja für den Ernstfall einer Krise ein Aktionsprogramm vorbereiten. Dies alles darf die normale Regierungs- und Verwaltungsarbeit nicht hemmen, sondern im Gegenteil muss dieselbe intensivieren.

Wir sollten nicht in den Fehler, der in anderen Staaten derzeit gemacht wird, verfallen und mit dem schwarzen Peter zu spielen und in politischen Konten zu verbuchen beginnen. Wir sind alle in der Verantwortung und wir alle sind zum Handeln aufgerufen: der Einzelne, die Haushalte, die Verbände, die Gemeinden und das Land, jeder für seinen Teil, jeder in seinem Bereich. Das ist dann wirklich aktive Politik, deren wir uns so gerne und so schnell zu rühmen geneigt sind.

Im Geldverkehr sind wir die Fachleute

Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft FL-9490 Vaduz

Schöner wohnen

thöny

MÖBEL-CENTER

Schaan 2 44 22